

Verbale Liberalisierung in Griechenland

Belagerungszustand abgeschwächt / Machtbefugnis des Regimes weiter unumschränkt

Athen (dpa)

Kurz vor dem dritten Jahrestag des Militärputsches in Griechenland vom 21. April 1967 hat der griechische Ministerpräsident Georg Papadopoulos am Freitag in Athen mitgeteilt, daß künftig einige suspendierte Verfassungsartikel in Kraft treten. Darüber hinaus kündigte er andere Maßnahmen an, die als neue Schritte auf dem Wege zur Wiederherstellung einer Verfassungsordnung in Griechenland gelten können.

Nach den Worten von Papadopoulos werden:

1. Der bisher suspendierte Artikel 10 der griechischen Verfassung von 1968 in Kraft gesetzt, der Festnahme und Freiheitsberaubung ohne richterlichen Haftbefehl verbietet,
2. die Zuständigkeit der Sondermilitärgerichte weiter eingeschränkt,
3. eine Körperschaft aus 50 Mitgliedern berufen, die bei der Gesetzgebung die Regierung beraten soll,
4. die Verbote eingeschränkt, die wegen des seit April 1967 herrschenden Belagerungszustandes ausgesprochen wurden und
5. rund 350 Deportierte bis zum Jahrestag des Militärputsches freigelassen.

Danach würden noch 1270 Personen in den Deportierten-Lagern für „gefährliche Kommunisten“ bleiben. Amnestie- und Gnadenmaßnahmen für politische Häftlinge stellte Papadopoulos nicht in Aussicht. Er appellierte an die Richter des Landes, sich nicht von Menschlichkeitsgefühlen verleiten zu lassen, wenn sie Straftaten gegen das moralische Recht und die Rechtsordnung der sozialen Gemeinschaft abzuurteilen hätten.

Nach dem Inkrafttreten des Artikels 10 der neuen Verfassung bleiben, wie Papadopoulos darlegte, weiterhin die Verfassungsartikel suspendiert, die vorschreiben, daß jeder Grieche seinem zuständigen Richter zugeführt werden muß und Sondergerichte verboten sind. Ferner sind noch nicht gültig ein Teil des Verfassungsartikels über die Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Artikel über die Bildung politischer Parteien, über Parlaments- und Gemeindewahlen. Papadopoulos äußerte sich nicht dazu, wann diese Artikel in Kraft gesetzt werden sollen, teilte aber mit, daß alle verfassungsergänzenden Gesetze, die als Voraussetzung für ein volles Inkrafttreten der Verfassung gelten können, bis Ende des Jahres verabschiedet werden sollen.

Mit den Schlußplädoyers der Verteidigung näherte sich der Athener Prozeß gegen 34 Angehörige der Widerstandsgruppe „Demokratische

Verteidigung“ dem Ende. Einer der Anwälte bestritt insbesondere die Anwendbarkeit der 1947 zur Bekämpfung der Kommunisten erlassenen sogenannten Notverordnung Nr. 509, aus der der Kronanwalt am Vortag seine hohen Strafanträge abgeleitet hatte. Er legte dar, daß seine Mandanten keine Kommunisten seien, sondern Mitglieder einer „nationalen patriotischen“ Gruppe, die sich für die Wiederherstellung des Parlamentarismus in Griechenland einsetze.

Vor Gericht stünden keine Aufrührer, sondern „Helden und Märtyrer der Demokratie, die gegen die Diktatur kämpften“, sagte Evangelos Yannopoulos, Verteidiger dreier prominenter Angeklagter, darunter des pensionierten Generals und Kriegshelden Georgios Iordanides. In einem Resümee seiner Ausführungen nannte Yannopoulos das in Athen abrollende Verfahren einen „politischen Prozeß“, mit dem das Athener Regime seine „politischen Gegner verfolgt“.

Wegen angeblich versuchten bewaffneten Umsturzes hatte der Kronanwalt am Vortag für 30 der 34 Angeklagten Haftstrafen zwischen zwei Jahren und lebenslänglich beantragt. Für das angebliche Haupt der Verschwörung, Professor Dionysios Karageorgas, drang der Vertreter des Regimes auf die Todesstrafe.

London (UPI)

Die sozialistische Internationale hat den Athener Prozeß gegen 34 Gegner des griechischen Militärregimes verurteilt. In einem Telegramm an den griechischen Ministerpräsidenten protestierten die 54 sozialistischen und sozialdemokratischen Mitgliederorganisationen der Internationale gegen die „grausamen Urteile, die in dem laufenden Prozeß gegen griechische Patrioten von der Anklage beantragt worden sind“. Das Schreiben drückt die Überzeugung aus, daß die Angeklagten „die Mehrheit des griechischen Volkes repräsentieren“.

Rom (AP)

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) und stellvertretende Ministerpräsident Francesco de Martino hat in einer Botschaft zum Ausdruck gebracht, der Prozeß gegen „die Patrioten der Widerstandsorganisation ‚Demokratische Verteidigung‘ in Athen“, die Verurteilung der Journalisten der Zeitung *Ethnos*, die beinahe täglichen Meldungen über Folterungen und die Methoden, die gegen jeden angewandt würden, der auch nur den geringsten Widerstand zu leisten versuche, bezeugten „den Zustand der Unterdrückung, in dem die griechische Bevölkerung leben muß“.